Entwurf

Stellungnahme der Gemeinde Ruppichteroth zu der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das geplante Naturschutzgebiet „Auf der Scheidthecke und Hover Bachtal“ in der Gemeinde Ruppichteroth im Rhein-Sieg-Kreis

Die Gemeinde Ruppichteroth begrüßt grundsätzlich die Unterschutzstellung schützenswerter Bereiche der Natur und Landschaft gegen Eingriffe und Beeinträchtigungen.

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur geplanten Verordnung über das Naturschutzgebiet „Auf der Scheidthecke und Hover Bachtal“ nimmt die Gemeinde Ruppichteroth wie folgt Stellung:

Die geplante Neuausweisung des vorgenannten Naturschutzgebietes umfasst das Gebiet des mit der Ordnungsbehördlichen Verordnung vom 14. August 1997 (amtliche Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln am 25. August 1997) festgelegten Naturschutzgebietes, reduziert um die Teilfläche, die gemäß Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln vom 12. September 2011 aus dem Geltungsbereich herausgenommen wurde.

Die Gemeinde Ruppichteroth ist damit einverstanden, dass dieser Teil, der bereits zum jetzigen Zeitpunkt als Naturschutzgebiet ausgewiesen ist, weiterhin Fortbestand hat.

Im Zuge der geplanten Neuausweisung ist darüber hinaus eine erhebliche Erweiterung des Schutzgebietes geplant. Die vollständige Aufnahme der von der höheren Naturschutzbehörde vorgesehenen Erweiterungsflächen in den Geltungsbereich des geplanten Naturschutzgebietes lehnt die Gemeinde Ruppichteroth ab. Das derzeit ausgewiesene Naturschutzgebiet soll nur um einzelne Flächen erweitert werden. Die von der Gemeinde Ruppichteroth vorgeschlagene Abgrenzung des neu auszuweisenden Naturschutzgebietes ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Lageplan (= rot umrandet; die Innenkante der Umrandung ist maßgebend).

Begründung:

1.)

Der geplanten Einbeziehung des Bereiches der beiden Kalk- und Grauwackesteinbrüche zum einen am östlichen Ortseingang der Ortslage Schönenberg und zum anderen nördlich der Ortslage Herrenbröl stimmt die Gemeinde Ruppichteroth zu. Lediglich der nördliche Bereich des Gebietes oberhalb der Ortslage Herrenbröl muss aus dem Geltungsbereich herausgenommen werden (vgl. beigefügter Lageplan). In der Örtlichkeit stellt sich dieses Gebiet als bewirtschaftetes Grünland und nicht als Siefenbereich dar.

Nordwestlich an den Grauwackesteinbruch am östlichen Ortseingang von Schönenberg angrenzend befindet sich eine Fläche, die im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 2.01/3 Schönenberg Ost als MI = Mischgebiet ausgewiesen ist. Die Unterschutzstellung des Grauwackesteinbruchs darf die zukünftige Bebauung und Nutzung dieser unmittelbar angrenzenden, im Privatbesitz befindlichen Fläche nicht einschränken. Ich bitte dies zu berücksichtigen.

2.)

Im westlichen Bereich ist die Einbeziehung des Grundstücks Gemarkung Ruppichteroth, Flur 14, Flurstück Nr. 315 sowie Teile der Grundstücke Gemarkung Ruppichteroth, Flur 14, Flurstücke Nrn. 140 und 141 in den Geltungsbereich vorgesehen. Die Fläche dieser geplanten Unterschutzstellung ist auf den in der beigefügten Abgrenzungskarte dargestellten Bereich zu reduzieren. Diese Reduzierung begründet sich darin, dass sich eine an die Straße „Im Saurental“ angrenzende Teilfläche des Flurstücks Nr. 315 in der Örtlichkeit als befestigte „Platzfläche“ darstellt. Diese Fläche muss insbesondere von größeren Fahrzeugen und landwirtschaftlichen Schleppern, die in Richtung der Ortslage Scheid fahren oder aus dieser Richtung kommen, aufgrund des engen Kurvenbereiches als Rangierfläche in Anspruch genommen werden. Im Übrigen befinden sich sowohl auf dem herauszunehmenden Teilstück des Flurstücks Nr. 315 als auch auf den Teilflächen der Flurstücke Nrn. 140 und 141 keine schützenswerten Bestandteile, die die mit einer Unterschutzstellung verbundenen Einschränkungen der jeweiligen Eigentümer in irgendeiner nachvollziehbaren Weise rechtfertigen.

3.)

Im östlichen Verlauf sollen im wesentlichen Grünlandflächen und Forstflächen in den Geltungsbereich des Naturschutzgebietes einbezogen werden. Insbesondere die umfassten Grünlandflächen werden von ortsansässigen Landwirten im Haupt- oder Nebenerwerb (Familienbetriebe) bewirtschaftet. Die betroffenen Waldflächen stehen überwiegend im Eigentum privater Waldbesitzer.

Der Verordnungsentwurf sieht unter anderem Verbote vor, die die Ausübung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten erheblich einschränken. Beispielhaft seien an dieser Stelle die Verbote unter § 4 Abs. 2 Nr. 21 und Nr. 23 des Verordnungsentwurfs genannt. Nach Auskunft der Kreisbauernschaft Bonn / Rhein-Sieg werden die Grünlandflächen von den ansässigen landwirtschaftlichen Betrieben unter Schonung der natürlichen Ressourcen und im Einklang mit den Belangen des Landschaftsschutzes bewirtschaftet. Die Betriebe mit Milchviehhaltung praktizieren noch eine Weidehaltung, die zu einer artgerechten Tierhaltung beiträgt. Vor diesem Hintergrund muss dem in der Ortschaft Niedersaurenbach ansässigen Haupterwerbslandwirt auch ein uneingeschränkter Viehtrieb von den Stallungen durch den angrenzenden „Siefen“ auf die dahinter liegenden, intensiv genutzten Viehweiden möglich sein.

Des Weiteren darf eine erforderliche zukunftsorientierte Betriebserweiterung nicht durch Vorgaben eines angrenzenden oder in der Nähe des landwirtschaftlichen Betriebes befindlichen Naturschutzgebietes eingeschränkt oder verhindert werden.

Aus Sicht der Gemeinde Ruppichteroth muss für die ortsansässigen Landwirte (Familienbetriebe) die Bewirtschaftung ihrer Flächen wie bisher gewährleistet sein – ohne weitere Einschränkungen.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass die betroffenen Grünlandflächen keine schutzwürdigen Bestandteile aufweisen. Dies gilt auch für die Forstflächen, die unter Schutz gestellt werden sollen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um trockene Standorte.

4.)

Des Weiteren umfasst das geplante Naturschutzgebiet mehrere Teiche. Zwei dieser Teiche (sog. „große Sperber“ und Teich südlich der Ortslage Niedersaurenbach) werden seit langer Zeit durch den Angelsportverein Ruppichteroth e.V. sowie Privatpersonen als Angelteiche genutzt. Aus Sicht der Gemeinde Ruppichteroth muss diese seit Jahrzehnten ausgeübte Nutzung, die mit dem Einverständnis der jeweiligen Eigentümer erfolgt, weiterhin uneingeschränkt Bestand haben. Die Gemeinde Ruppichteroth sieht die ausgeübte Nutzung durch das in § 4 Abs. 2 Nr. 18 des Verordnungstextes (Entwurf) formulierte Verbot gefährdet.

5.)

Nach Informationen der Kreisbauernschaft und der Jagdgenossenschaft ist die Wildschweinpopulation im östlichen Rhein-Sieg-Kreis in den letzten Jahren stark angestiegen. Eine kontrollierte Bejagung der Wildschweine muss weiterhin uneingeschränkt möglich sein. Dies impliziert die Veränderung und Neuerrichtung auch von geschlossenen Ansitzeinrichtungen, die gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 37 nicht mehr zulässig wären.

Hinweis zum Verfahren:

Im Anschreiben an die Gemeinde vom 7. April 2017 ist vermerkt, dass die Offenlage gemäß § 46 LNatSchG NRW voraussichtlich nach den Sommerferien 2017 in der Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises stattfinden wird. In diesem Zusammenhang wird angeregt, der Gemeinde ein Exemplar in Papierform zur Verfügung zu stellen. Es sollte der betroffenen Öffentlichkeit die Möglichkeit geboten werden, zumindest vor Ort die Unterlagen einsehen zu können. Bei Nachfragen bzw. Eingaben von Anregungen und Beschwerden muss weiterhin der Rhein-Sieg-Kreis bzw. die Bezirksregierung Ansprechpartner bleiben.

Des Weiteren:

Es sind mehrere Beschwerden von betroffenen Grundstückseigentümern hinsichtlich des Verfahrensablaufs zur Ausweisung des Naturschutzgebietes eingegangen. Bemängelt wurde insbesondere, dass in ihrem Eigentum befindliche Flächen ins Naturschutzgebiet einbezogen werden sollen, ohne das mit ihnen im Vorfeld hierüber gesprochen wurde. Es ist deutlich gemacht worden, dass sich die betroffenen Grundstückseigentümer von der Bezirksregierung in der Wahrung ihrer Interessen übergangen gefühlt haben. Dies vor dem Hintergrund, dass es sich um Flächen in ihrem Eigentum handelt, die im Rahmen landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Betriebe bewirtschaftet werden und diese Nutzung durch die Ausweisung als Naturschutzgebiet, wie zuvor ausgeführt, erheblich eingeschränkt wird.

Es wird nicht verkannt, dass es sich bei dem Vorgehen der Bezirksregierung um die gesetzlich vorgeschriebene Verfahrensweise handelt. Aus den vorgenannten Gründen wird für zukünftige Verfahren jedoch angeregt, im Vorfeld des „offiziellen“ Verfahrens das Gespräch mit der betroffenen Kommune sowie den Interessenvertretern betroffener Organisationen

und Privatpersonen (z.B. Kreisbauernschaft, Jagdgenossenschaft, Forstbetriebsgemeinschaft, etc.) zu suchen. Ziel einer solchen Verfahrensweise ist, durch eine rechtzeitige Einbindung die Akzeptanz gegenüber den Belangen und Erfordernissen des Naturschutzes zu fördern.

Die Stellungnahme mit Anlage (Abgrenzungsvorschlag) ist mit dem Umweltschutzbeauftragten der Gemeinde, Herrn Heinz Schumacher, abgestimmt und vom Rat der Gemeinde in seiner Sitzung am 11. Juli 2017 beschlossen worden.

Anlage